

Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats am 17.03.2015 in Stuttgart

Anwesende:

Mitglieder: Oberbürgermeister Kuhn
Bürgermeister Mangold
Herr Dr. Scheirle
Herr Groß
Stadtrat Fuhrmann
Stadträtin Munk
Oberbürgermeister Spec (bis 11¹⁵ Uhr)
Oberbürgermeister Till
Oberbürgermeisterin Matt-Heidecker
Oberbürgermeister Arnold
Bürgermeister Izsak
Bürgermeister Wittlinger
Bürgermeister Dr. Wolf
Bürgermeister Seyfried
Bürgermeister Schaffer
Bürgermeister Matrohs

Vertreter der Fassungsgemeinden
mit beratender Stimme: Bürgermeister Kieninger

Stellvertretende Mitglieder: Herr Schanz

Vertreter des Landes Baden-Württemberg: Ministerialdirigent Jochimsen, IM
Ministerialdirigent Fuhrmann, UM
Ministerialrat Langner, UM
Ministerialrat Dahlinger, FM

Geschäftsleitung: Herr Eisele
Prof. Dr. Haakh

Stellvertretende Geschäftsleitung: Herr Distel
Herr Drescher

Schriftführer: Frau Metke

Entschuldigt:

Mitglieder: Oberbürgermeister Dr. Zieger
Bürgermeister Thürnau

Stellvertretende Mitglieder: Oberbürgermeister Schönberger

Vertreter des Landes Baden-Württemberg:

Tagesordnung

Öffentliche Beratung:

- | | |
|--|---------------|
| 1. Bericht über Bau, Betrieb, Planung und Forschung | § 1 Seite 194 |
| 2. Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 2014 | § 2 Seite 199 |
| 3. Anerkennung von Schlussabrechnungen | § 3 Seite 201 |
| 4. Grundstücksangelegenheiten | § 4 Seite 202 |
| 5. Bekanntgabe von Entscheidungen des Bau- und Vergabeausschusses | § 5 Seite 203 |
| 6. Personalmanagement in Zeiten des demographischen Wandels;
Bericht zu aktuellen und zukünftigen Projekten und Maßnahmen | § 6 Seite 206 |
| 7. Verschiedenes | - entfällt - |

Nichtöffentliche Beratung:

Eröffnung und Begrüßung:

Der **Verbandsvorsitzende Oberbürgermeister Kuhn** eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zu dieser Verwaltungsratssitzung mit Schreiben des Verbandsvorsitzenden vom 5. Februar 2015 fristgerecht eingeladen wurde. Zeit, Ort und die Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung wurden im Staatsanzeiger vom 27.02.2015 öffentlich bekannt gemacht. Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig.

Verpflichtung von Verwaltungsratsmitgliedern

Nach der Ergänzungswahl zum Verwaltungsrat durch die Verbandsversammlung am 21.10.2014 nehmen Herr Dr. Nikolaus Scheirle, EnBW Energie AG, und Herr Stadtrat Thomas Fuhrmann, Stuttgart, als ordentliche Mitglieder und Herr Wolfgang Schanz, Stuttgart, nimmt als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats erstmals an einer Sitzung des Verwaltungsrates in der Wahlperiode ab 25.03.2012 teil. Die genannten Personen sind gemäß § 32 Abs. 1 Satz 2 der Gemeindeordnung zu verpflichten. Herr Matthias Groß, EnBW Reg. AG, erschien zur Verwaltungsratssitzung am 18.03.2014 verspätet und ist daher ebenfalls zu verpflichten.

Sie legen in die Hand des **Verbandsvorsitzenden** folgendes Gelöbnis ab:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte des Zweckverbands gewissenhaft zu wahren und sein Wohl und das seiner Mitglieder nach Kräften zu fördern.“

Rückblickend auf die letzte Sitzung des Verwaltungsrates berichtet der **Verbandsvorsitzende**, dass ein Fachgespräch mit dem Landwirtschafts- und dem Umweltministerium hinsichtlich der Nitratproblematik im LW-Wasserschutzgebiet Donauried-Hürbe stattgefunden hat. Er verweist auf die weiteren Ausführungen von Herrn Prof. Dr. Haakh unter TOP 1 zu diesem Thema.

§ 1

Bericht über Bau, Betrieb, Planung und Forschung

Hinsichtlich der hydrologischen Situation führt **Herr Prof. Dr. Haakh** aus, dass die Niederschläge im Juli und August 2014 extrem waren und zu einer kräftigen Grundwasserneubildung geführt haben. Danach folgten ein eher trockener Spätherbst bzw. Winter und erst im Januar kam die Grundwasserneubildung in Folge von ergiebigen Niederschlägen wieder in Gang. Die Grundwasserneubildung ist am Lysimeter 1 im Donauried sowie am Pegel Langenau-Simontal atypisch bereits im Oktober kräftig angesprungen. Bis Ende Januar sind 77 mm eingesickert, bis Februar 96 mm und damit nur 51% des langjährigen Mittels. Infolge der Oktober-Sickerung sind die Grundwasserstände leicht angestiegen, ein deutliches Anschwellen ist nach dem Jahreswechsel gemessen worden. Ähnlich verhält sich die Buchbrunnenquelle. Auch hier springt die Quelle ab September 2014 in mehreren Stufen mit einer deutlichen Zunahme im Januar 2015 an.

Die Nitratkonzentration im Wasserschutzgebiet Donauried-Hürbe ist beunruhigend, da seit vielen Jahrzehnten ein ansteigender Trend von etwa 0,3 mg/Liter und Jahr gemessen wird. Der Verbandsvorsitzende hat in dieser Angelegenheit das Gespräch mit dem Landwirtschafts- und Umweltministerium aufgenommen. Während landesweit im Durchschnitt die Nitratwerte sinken, verhält es sich im WSG Donauried-Hürbe genau anders herum. Besorgnis erregend sind die Daten der Vorfeldmessstellen zum Donauried mit Werten von 32, 40 und sogar 55 mg/L. Dies ist der Güllegürtel, da auf diesen hofnahen Flächen infolge des Gülleausbringungsverbots in der Zone II zu viel Gülle ausgebracht wird. Ursächlich hierfür sind die Rahmenbedingungen: 66% der weiteren Schutzzone werden landwirtschaftlich genutzt. Aus der Atmosphäre werden pro Jahr 526 Tonnen Nitrat eingeleitet, über Abwasserversickerungen 106 Tonnen und aus den Stickstoffüberschüssen der Landwirtschaft unter Berücksichtigung, dass auf dem Sickerweg bereits 60% abgebaut werden, 4.360 Tonnen Nitrat, in der Gesamtsumme ca. 5.000 Tonnen. Davon stammen 87% aus der Landwirtschaft. Wenn man diese Nitratmenge durch die Grundwasserneubildung teilt, ergibt sich eine rechnerische Nitratkonzentration des Karstwassers von 43 mg/Liter, was die Realität der Vorfeldmessstellen gut abbildet. Um das Problem in den Griff zu bekommen, müssen zwei wichtige Punkte erreicht werden: Erstens muss der steigende Trend gebrochen werden und zweitens muss die Nitratkonzentration auf eine Größenordnung von etwa 30 mg/Liter und Jahr zurückgeführt werden. Die LW hat mit Nachdruck auf das Nitratproblem hingewiesen und nach einem zweiten Gespräch im Landwirtschaftsministerium konnte ein gutes Ergebnis erzielt werden. Als Ergebnis des Gesprächs können folgende Punkte festgehalten werden:

- Verständigung auf einen Sanierungszielwert von 30 mg/L, der unter Berücksichtigung der langen Verweilzeit des Grundwassers in 15 Jahren zu erreichen ist. Dieser ist als 5-Jahres-Mittelwert definiert und es darf dann auch kein Trend mehr vorhanden sein.
- Wesentliche Werkzeuge sind die Düngeverordnung, die SchALVO sowie freiwillige Maßnahmen.
- Es wird eine kontinuierliche Erfolgs- und Fortschrittskontrolle geben.

Damit konnte erstmals ein konkretes Ziel für den Grundwasserschutz erreicht werden, das messbar und eindeutig definiert ist.

Beim Vollzug der Düngeverordnung ergab sich im vergangenen Herbst eine besondere Situation. Der Boden war wassergesättigt. Nach § 3 der Düngeverordnung darf Gülle auf wassergesättigten Böden nicht ausgebracht werden. Dies ist eine wesentliche Schutzbestimmung, über welche die LW gemäß § 45 des Wassergesetzes informieren muss. Deshalb hatte die LW in den Amtsblättern der Gemeinden auf die Wassersättigung der Böden und die Regelungen der Düngeverordnung hingewiesen. Dies hat einen Sturm der Entrüstung der Landwirtschaftsverwaltung und des Bauernverbandes entgegen gebracht. Die LW bewegt sich hier nach wie vor in einem konflikträchtigen Spannungsfeld.

Es kann jedoch nicht tatenlos zugesehen werden, wie die Grundwasserressourcen beim Nitrat auf den Grenzwert zusteuern. Dies würde letztendlich dazu führen, dass der Verband dann für teures Geld eine Nitrateleminationsanlage bauen muss, ausgelöst dadurch, dass im WSG Donauried-Hürbe die Landwirtschaft in einer Intensität betrieben wird, die dieses Gebiet offensichtlich nicht verträgt.

Aus dem Betriebsgeschehen berichtet Prof. Dr. Haakh, dass die Wasserabgabe im vergangenen Jahr bei 89 Mio. m³ lag. Im Jahr 2015 rechnet die LW mit 87,8 Mio. m³. Diese Zahl ist allerdings mit einer größeren Unschärfe behaftet, da sowohl die LW als auch die BWV die satzungsgemäße Mindestabnahmeverpflichtung von 38 auf 25 bzw. 30% abgesenkt haben. Dies ermöglicht allen Verbandsmitgliedern zum einen eine stärkere Eigenwasserförderung und den 10 gemeinsamen Verbandsmitgliedern zudem eine interne Optimierung, denn die BWV ist bei der Betriebskostenumlage um 7,3 Cent/m³ teurer als die LW.

Der Calciumcarbonatverkauf war im Jahr 2014 noch sehr günstig. Es konnten 17.500 Tonnen zu dem vertraglich gesicherten Preis von 77,28 €/t verkauft werden. 2015 wird der Wert voraussichtlich noch ähnlich hoch gehalten werden können. Dann endet jedoch der Vertrag und die Erträge werden deutlich geringer ausfallen, was mit der brachliegenden Papierindustrie zusammenhängt. Allerdings geht die LW davon aus, dass sie sich mit den Pellets mittelfristig wieder im oberen Preissegment platzieren kann.

Erfreulich ist, dass die LW den langfristig rückläufigen Trend beim spezifischen Energieaufwand auch im Jahr 2014 fortsetzen konnte. Der spezifische Förderenergiebedarf lag mit 0,449 kWh/m³ unter dem Vorjahreswert. Der Nettoenergiebedarf liegt bei 0,583 kWh/m³ und es erscheint realistisch, innerhalb der nächsten 10 Jahre einen Wert von unter 0,5 kWh/m³ zu erreichen.

Die Donau ist die bedeutendste Ressource der LW und verschafft Flexibilität. So konnte die LW im vergangenen Jahr zur Schonung der Grundwasservorkommen die Entnahme aus dem Donauried um 5 Mio. m³ zurückfahren und die Donauwasseraufbereitung im selben Umfang erhöhen. Prof. Dr. Haakh weist darauf hin, dass mit der neuen Schnellentcarbonisierungsanlage eine Straße der Donauwasseraufbereitung frei wird, so dass die LW zukünftig zwei Kompaktflockungsstraßen für die Donau zur Verfügung hat. Dies ermöglicht der LW, die Donauwasseraufbereitung ohne weiteres um etwa 10 Mio. m³/a zu erhöhen. Dies führt zu einem Kostenvorteil dadurch, dass die LW in Bayern kein Wasserentnahmeentgelt bezahlen muss. Dieser Effekt verstärkt sich, wenn im Jahr 2019 das Wasserentnahmeentgelt auf 10 Cent ansteigen wird.

In Betrieb gegangen ist die UV-Desinfektionsanlage nach der Donauwasserfiltration. Die mikrobiologische Qualität hat sich durch diese Anlage nochmals deutlich verbessert.

Die Rohrschadensstatistik weist für das Jahr 2014 13 Rohrschäden auf. Diese liegen deutlich unter den beiden Vorjahreswerten und auch unter dem gleitenden 10-Jahresmittel von 2005 – 2014. Die Wasserverluste erreichten 2014 1,2 Mio. m³.

Beim Betrieb der Wasserwerke nutzte die LW die Vorteile der atypischen Netznutzung und konnte dadurch 142.000 € einsparen. In Betrieb gegangen ist die Filtratturbine im Wasserwerk Langenau. Mit dieser können etwa 250.000 kWh im Jahr oder Einsparungen i.H.v. etwa 40.000 € erzielt werden. Die Maschine wird sich nach 7 Jahren rechnen. Die Lebensdauer beträgt voraussichtlich 40 Jahre.

Aus dem Bereich der Baumaßnahmen berichtet Prof. Dr. Haakh, dass für das Jahr 2015 die Erneuerung von 3 weiteren Schächten auf der Druckleitung 1 vorgesehen ist. Leitungsauswechslungen werden wieder im Kirchheimer Raum mit Abschnitten der Zubringerleitungen Deizisau, Unteres Filstal und Kirchheim-Nord mit zusammen 1,9 Kilometer Länge erfolgen, weiterhin die ZL Ellwangen mit 3.400 m DN 600 zwischen Niederalfingen und Oberlengenfeld.

Auf der Zielgeraden ist die Erneuerung der Fassung 1, wo noch neue, energieeffizientere Förderpumpen aufgestellt werden müssen. Diese Maßnahme wird zu Einsparungen von voraussichtlich 350.000 – 400.000 kWh pro Jahr führen.

Die größte Baumaßnahme im Wasserwerk Langenau ist die Umrüstung auf die Schnellentcarbonisierung. Planungen, Ausschreibungen und Vergaben laufen planmäßig. Ein terminliches Risiko besteht noch für die Pelletrocknung und Impfkornherstellung. Ausgesprochen erfreulich war das Submissionsergebnis für die Pelletreaktoren. Hier ergab sich gegenüber der Kalkulation ein Kostenvorteil von 600.000 €.

Ebenfalls gut voran gekommen ist die Umrüstung auf Schnellentcarbonisierung im Egauwasserwerk und die LW profitiert auch hier von dem guten Submissionsergebnis. Die Anlage wurde zusammen mit den Langenauer Reaktoren ausgeschrieben. Es gibt einen standardisierten Reaktortyp in beiden Wasserwerken und es entstand ein weiterer Kostenvorteil von 600.000 €.

Das derzeit größte Einzelprojekt ist das Energietransportkabel vom Behälter Schönbühl bis ins Wasserwerk Langenau. Hier sind 64,5 km von 82 km verlegt. Auf dem größten Teil der Strecke werden die beiden Leerrohre sowie die drei Energiekabel eingepflügt. Hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit muss die LW Minderungen infolge der EEG-Novellierung hinnehmen. Die Einsparungen beim Strom mussten von den veranschlagten 1,031 Mio. €/a auf 587 T€/a reduziert werden. Dennoch führt die Maßnahme bis 2025 noch zu Einsparungen von 4,1 Mio. €.

Aus den Bereichen Planungen, Untersuchungen und Forschungsvorhaben berichtet Prof. Dr. Haakh, dass die LW die Graugussrohre der Druckleitung 1 bei der Materialprüfungsanstalt der Universität Stuttgart einer eingehenden Werkstoff- und Bauteiluntersuchung unterzogen hat, um zu einer belastbaren Risikoanalyse der über 100 Jahre alten Leitung zu kommen. Als Ergebnis stand die Erkenntnis, dass sich die Werkstoffeigenschaften der Rohre über 100 Jahre nicht verändert haben. Es wurde erstmals festgestellt, dass einige der untersuchten Rohre bereits bei der Herstellung Vorschädigungen durch Haarrisse mitbekommen haben. Verändert haben sich die Auflagerbedingungen, da ein Rohrgraben wie eine Drainage wirkt, wo über Jahre die Feinbestandteile des Bodens ausgeschwemmt werden können und die Rohre schlussendlich auf Steinen liegen. Die Rohre reagieren aufgrund des spröden Werkstoffs sehr empfindlich auf Ovalisierungsbelastungen. Mit diesen Erkenntnissen wird die Risikoabschätzung aktualisiert mit dem Ziel, noch vorhandene Gebrauchsfähigkeit der Rohre betriebssicher zu nutzen bzw. die Abschnitte zu dedektieren, die anhand der detaillierten Untersuchungen gefährdet sind. An den hot spots muss entweder ausgewechselt werden oder die LW kann Sicherheitsmaßnahmen ergreifen.

Weitere Untersuchungen befassten sich mit der Notstromversorgung für das Wasserwerk Langenau und zeigten, dass für das Wasserwerk Langenau eine Ausfallwahrscheinlichkeit von einmal in 11 Jahren mit 12,4 Minuten besteht. Allerdings mehren sich die Einschätzungen, dass die Wahrscheinlichkeit eines flächendeckenden Stromausfalls zunimmt. Die LW hatte bereits das Konzept vorgestellt über den 20-kV-Ring im Rohwasserpumpwerk Leipheim das WW Langenau mit Strom zu versorgen. Vom Laufwasserkraftwerk können in Abhängigkeit vom Donauabfluss mindestens 2,5 MW zur

Verfügung gestellt werden, im Mittel etwa 5 MW und damit eine Leistung, die ausreicht, um einen Notversorgungsbetrieb für das WW Langenau aufrecht zu erhalten. Der Anschluss an das Laufwasserkraftwerk ist die kostengünstigste Variante und wesentlich günstiger als beispielsweise ein Dieselgenerator. Die Kosten belaufen sich auf etwa 1,85 Mio. €. Hinzu kommt eine Vorhaltepauschale von 150.000 € pro Jahr, so dass sich die jährlichen Kosten für die Notstromversorgung – einschließlich der Annuität für die Investition bei 14 Jahren Afadauer und 4% Zins - auf 335.000 € belaufen.

Mitten in der Bearbeitung ist die LW beim Forschungsvorhaben „Risikobasiertes Grundwassermonitoring für Wasserschutzgebiete“. Ziel des Forschungsvorhabens ist es zu vermeiden, dass ein Schadstoff unentdeckt zum Brunnen gelangt. Das Projekt läuft noch bis 31.03.2016 und ist auf 2 Jahre mit Kosten von 400.000 € angelegt. Es wird vom DVGW mit 244.000 € gefördert, weitere Projektpartner sind die Stadtwerke Duisburg, die Rheinenergie AG, die MVV, die Universität Stuttgart, die LUBW, das LANUV und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Im Betriebs- und Forschungslabor enden im März die drei Forschungsvorhaben „Trans Risk“, „Stoff-Ident“ und „ASKURIS“. Als Ergebnis konnte eine bundesweit zugängliche Datenbank aufgebaut werden, in der mittlerweile 3.000 organische Spurenstoffe dokumentiert sind.

Abschließend geht Prof. Dr. Haakh auf die Risikoanalyse ein und stellt die Fortschreibung der Risikoanalyse vor. Die Risikomatrix zeigt die Verhältnisse der Risiken zueinander. Die meisten Risiken liegen im Bereich einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit und einer Schadenshöhe von 100.000 € bis 1 Mio. €.

Bürgermeister Mangold stellt fest, dass sich die LW und das Land auf einen Zielwert von 30 mg/L Nitrat geeinigt haben. Um dieses Ziel zu erreichen sind u.a. auch freiwillige Maßnahmen vorgesehen. Er fragt nach, ob für diese Maßnahmen Entschädigungen vorgesehen sind und ob sich die LW ggf. daran beteiligen wird. Prof. Dr. Haakh antwortet, dass es Entschädigungen geben wird. Diese kommen vom Land, es ist keine Beteiligung der LW vorgesehen.

Bürgermeister Mangold erkundigt sich weiterhin mit Blick auf die Erhöhung des Wasserentnahmeentgelts, ob die Gemeinden im Einzugsgebiet Ersatz für den erhöhten Aufwand bei der Spurenstoffelemination erhalten werden. Prof. Dr. Haakh erläutert, dass auch dieser Punkt mit dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz angesprochen wurde. Das Land sieht jedoch keinen Spielraum, von den Mitteln des Wasserentnahmeentgelts etwas abzuzweigen, da diese komplett für den Hochwasserschutz eingeplant sind.

Oberbürgermeister Spec erkundigt sich hinsichtlich des geschilderten Konfliktes beim Vollzug der Düngeverordnung, ob es nicht möglich wäre, den Landwirten via App aktuelle Informationen über den Zustand der Böden mitzuteilen. Prof. Dr. Haakh weist darauf hin, dass oftmals Sachzwänge dazu führen, dass Landwirte Gülle - auch wider besseren Wissens - ausbringen.

Stadträtin Munk fragt nach, ob die Reste aus den Biogasanlagen der Düngeverordnung unterliegen. Prof. Dr. Haakh teilt mit, dass diese nicht von der Düngeverordnung umfasst sind. Die Wasserwirtschaft fordert deren Einschluss bereits seit längerem.

Oberbürgermeister Kuhn fasst abschließend zusammen, dass die Gespräche mit dem Land nicht erfolgreich waren hinsichtlich der Entschädigungen der Fassungsgemeinden aus dem Wasserentnahmeentgelt. Erfolgreich waren die Ergebnisse für die Festlegung von mittel- und langfristigen Maßnahmen zum Erreichen der Nitratgrenzwerte. Er betont, dass harte Verhandlungen notwendig waren, um dieses Ergebnis zu erreichen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Auf Antrag des **Verbandsvorsitzenden** nimmt der Verwaltungsrat den Bericht über Bau, Betrieb, Planung und Forschung zur

Kenntnis.

§ 2 Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 2014

Herr Eisele berichtet, dass die Abschlussprüfung noch nicht durchgeführt wurde, so dass die vorgetragenen Zahlen vorläufig sind. Das Jahresergebnis fällt positiv aus. Die Wasserabgabe fiel mit 88,9 Mio. m³ höher aus als geplant, was sich bei den Wassererlösen niederschlägt.

Im Erfolgsplan ergaben sich auf der Ertragsseite Mehreinnahmen mit 2.514 T€. Diese setzen sich zusammen aus Erträgen aus Dienstleistungen (+ 885 T€), Erlösen aus Wasserabgabe (+ 498 T€), Verkauf von Calciumcarbonat (+ 397 T€), aktivierten Eigenleistungen (+ 350 T€), Erstattung Stromsteuer (+ 204 T€), sonstige Erträge (+ 133 T€), Grundstückserträge (+22 T€), Stromabgabe (+ 15 T€) sowie Finanzerträge (+ 10 T€). Mindereinnahmen ergaben sich bei den Ertragszuschüssen (- 22 T€) und bei den Erlösen aus Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (- 27 T€).

Die Aufwandsseite bringt Mehraufwendungen mit 2.607 T€, wobei folgende Einzelpositionen betroffen sind: Personalbereich (+802 T€), sonstiger Aufwand (+ 611 T€), Wasserbezug und Materialeinsatz (+ 400 T€), Verwaltungsaufwand (+ 394 T€), Unterhaltung von Betriebsanlagen und Gebäuden (+157 T€), Afa (+ 140 T€), sowie Hilfs- und Betriebsstoffe zur Wasseraufbereitung (+ 82 T€). Minderaufwendungen entfielen auf Stromkosten (- 730 T€), Zinsaufwendungen (- 140 T€) und Verschiedenes – Reisekosten, Steuern, TK – (- 56 T€).

Nach derzeitigem Stand des Jahresabschlusses entsteht ein Überschuss von rund 784 T€ im Erfolgsplan.

Im Vermögensplan fielen beim Energietransportkabel Schönbühl – Langenau überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 1,4 Mio. € an, da aufgrund der günstigen Witterungsverhältnisse die Baumaßnahme schneller als geplant fortgeschritten ist. Diese Mehrausgaben konnten durch Minderausgaben bei verschiedenen Projekten und durch eine noch verfügbare Kreditermächtigung abgedeckt werden.

Um den Jahresabschluss fertigstellen zu können, muss festgelegt werden, was mit dem Überschuss im Erfolgsplan geschehen soll.

Mit Blick auf die Erhöhung des Rückstellungsbedarfs für Pensionen erkundigt sich **Herr Groß**, ob die LW Leistungszusagen macht. Herr Eisele führt aus, dass es sich bei den betroffenen Personen vor allem um ehemalige Beamte der LW handelt. Zusammen mit den sog. dauerangestellten Verhältnissen und den aktuellen Beamten handelt es sich um 80 Personen, für die Beträge zurückgestellt und bilanziert werden müssen. Freiwillige Zusagen werden von der LW nicht gemacht.

Oberbürgermeister Kuhn stellt fest, dass der Verwaltungsrat einen Beschluss fassen muss, wie mit dem Überschuss des Erfolgsplans verfahren werden soll. Herr Eisele führt ergänzend aus, dass die Rückzahlung von rund 300.000 € notwendig ist, damit kein Verbandsmitglied aufzahlen muss. Der restlichen Überschuss könnte der Rücklage zugeführt werden

Auf Antrag des **Verbandsvorsitzenden** fasst der Verwaltungsrat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Aus dem Überschuss des Erfolgsplans erfolgt eine Rückzahlung an die Verbandsmitglieder in Höhe von 300.000 €, so dass kein Verbandsmitglied aufzahlen muss. Der restliche Überschuss wird der Rücklage zugeführt.
2. Der überplanmäßigen Ausgabe für das Energietransportkabel Schönbühl – Langenau in Höhe von 1,4 Mio. € wird zugestimmt.

§ 3
Anerkennung von Schlussabrechnungen

Herr Eisele verweist auf die Sitzungsunterlage. Für die Anerkennung von Schlussabrechnungen ist bis 1 Mio. € Gesamtkosten der Verwaltungsrat (§ 10 Abs. 2 Nr. 8 Verbandsatzung) zuständig.

Auf Antrag des **Verbandsvorsitzenden** fasst der Verwaltungsrat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die nachfolgend aufgeführten Schlussabrechnungen werden anerkannt.

Konto-Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Ausführungsbeschluss vom Betrag €	abgerechnete Baukosten €	Abweichung vom Ausführungsbeschluss	
				€	v.H.
831045	Erneuerung Netzersatzanlagen im Wasserwerk Langenau	27.09.2011 185.000	171.972,96	- 13.027,04	- 7,04
86222	Stromgewinnungsanlage Aufhausen - Neue Turbinen	25.09.2012 320.000	342.376,74	+ 22.376,74	+ 6,99
87339	Zubringerleitung Bottwartal – Teilauswechslung	25.09.2012 150.000	154.944,24	+ 4.944,24	+ 3,30
83165	Wasserwerk Langenau, Schieberhaus, Filtratturbine	24.09.2013 320.000	312.030,74	- 7.969,26	- 2,49
87142	Hauptleitung 4, HB Heuberg- HB Hahnweide - Teilauswechslung	24.09.2013 374.000	391.664,26	+ 17.664,26	+ 4,72
Gesamt		1.349.000	1.372.988,94	+ 23.988,94	+ 1,78

Oberbürgermeister Spec verlässt die Sitzung.

§ 4
Grundstücksangelegenheiten

Herr Eisele berichtet, dass die LW ein Grundstück mit einer Fläche von 2807 m² besitzt. Dieses liegt westlich von Langenau an der Göttinger Straße etwa 500 m vor der BAB A7. Das Grundstück liegt innerhalb des Bebauungsplans Gartenhausgebiet Galgenberg und gleichzeitig in der Weiteren Schutzzone (Zone III) des Wasserschutzgebietes Donauried-Hürbe.

Das relativ schmale und langgezogene Grundstück ist seit Jahren an die Eigentümerin des angrenzenden Grundstücks, Frau Gudrun Eberhardt, verpachtet. Frau Eberhardt hat sehr großes Interesse am Erwerb des LW-Grundstücks und der LW das Angebot unterbreitet, das Grundstück zu einem Kaufpreis von 50.000 € zu erwerben.

Daraus errechnet sich ein Bodenwert von 17,81 €/m². Der vom Gutachterausschuss der Stadt Langenau zum 31.12.2012 für das Gartenhausgebiet Galgenberg festgestellte Bodenwert liegt bei 16,- €/m². Nach Abwägung aller betrieblichen Belange ist die Veräußerung zu befürworten, zumal der angebotene Kaufpreis als überdurchschnittlich zu bewerten ist.

Die Veräußerung des Grundstückes zum Kaufpreis von 50.000 € fällt nach § 10 Abs. 2 der Verbandssatzung in den Zuständigkeitsbereich des Verwaltungsrates.

Auf Antrag des **Verbandsvorsitzenden** fasst der Verwaltungsrat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Geschäftsleitung wird ermächtigt, das Flst.Nr. 4506, Gemarkung Langenau, zum Kaufpreis von 50.000 € zu den üblichen Vertragsbedingungen zu veräußern.

§ 5

Bekanntgabe von Entscheidungen des Bau- und Vergabeausschusses

Herr Eisele verweist auf die Beratungsunterlage. Nach der Verbandssatzung entscheidet der Bau- und Vergabeausschuss im Rahmen des Vermögensplans über die Vergabe von Lieferungen und Leistungen, wenn deren Betrag oder Wert 250.000 € übersteigt. Der Bau- und Vergabeausschuss der LW entscheidet in der Regel im schriftlichen Verfahren.

Seit der Sitzung des Verwaltungsrates am 23.09.2014 hat der Bau- und Vergabeausschuss folgende Beschlüsse gefasst:

I. Der Bau- und Vergabeausschuss hat am 16.12.2014 im Rahmen des Vorhabens Neubau der Schnellentcarbonisierungsanlage im schriftlichen Verfahren beschlossen:

1. *„Die Fertigung und Lieferung von 6 Schnellentcarbonisierungsreaktoren für das Wasserwerk Langenau (Los 1) wird an die Firma:*

Sülzle Kopf Anlagenbau GmbH, Stützenstraße 6, 72172 Sulz a.N.,

zu den Bedingungen des Angebots vom 20.11.2014 mit Gesamtkosten von 1.955.942,60 € (netto) vergeben,

2. *Die Fertigung und Lieferung von 3 Schnellentcarbonisierungsreaktoren für das Egauwasserwerk Dischingen (Los 2) wird an die Firma:*

Sülzle Kopf Anlagenbau GmbH, Stützenstraße 6, 72172 Sulz a.N.,

zu den Bedingungen des Angebots vom 20.11.2014 mit Gesamtkosten von 1.100.627,00 € (netto) vergeben.“

Die Ausschreibung der Maßnahme erfolgte europaweit im Nichtoffenen Verfahren.

II. Der Bau- und Vergabeausschuss hat am 17.12.2014 im Rahmen des Vorhabens Teilauswechslung der Zubringerleitungen Ellwangen 1 und 2 im schriftlichen Verfahren beschlossen:

1. *„Das Angebot des Bieters Salzgitter Mannesmann Line Pipe GmbH wird von der Wertung ausgeschlossen.*

2. *Das Angebot des Bieters ProPipe GmbH wird von der Wertung ausgeschlossen.*

3. *Die Lieferung von 3.600m Stahlrohren DN 600 ZM/PE-N-v + FZM, 610x7,1mm in 16m-Stangen für Trinkwasserleitungen wird an die Firma:*

HTI Zehnter KG, Hertzstraße 11, 71083 Herrenberg,

zu den Bedingungen des Angebots vom 04.12.2014 mit Gesamtkosten von 628.452,00 € (netto) vergeben.“

Die Ausschreibung der Maßnahme erfolgte europaweit im Offenen Verfahren.

III. Der Bau- und Vergabeausschuss hat am 10.02.2015 im Rahmen des Vorhabens Neubau Schnellentcarbonisierungsanlage im schriftlichen Verfahren beschlossen:

1. *„Das Angebot Nr. 1 der Firma Hermann Mehlitz Rückbau- und Abbruchlogistik GmbH wird von der Wertung ausgeschlossen.*
2. *Die Abbruch- und Tiefbauarbeiten im Zuge des Abbruchs des Flockers im Wasserwerk Langenau werden an die Firma*

Max Wild GmbH, Leutkircher Straße 22, 88450 Berkheim,

zu den Bedingungen des Angebots vom 19.01.2015 mit Gesamtkosten von 268.870,28 € (netto) vergeben.“

Die Ausschreibung der Maßnahme erfolgte europaweit im Offenen Verfahren.

IV. Der Bau- und Vergabeausschuss hat am 11.02.2015 im Rahmen des Vorhabens Teilauswechslung der Zubringerleitungen Ellwangen 1 und 2 im schriftlichen Verfahren beschlossen:

1. *„Das Angebot des Bieters Wilhelm Weidler GmbH & Co. KG wird von der Wertung ausgeschlossen.*
2. *Das Angebot des Bieters Bohlen & Doyen GmbH wird von der Wertung ausgeschlossen.*
3. *Das Angebot der Bietergemeinschaft Haag-Bau GmbH und HSE-Bau GmbH wird von der Wertung ausgeschlossen.*
4. *Das Angebot des Bieters Trommler Rohrleitungsbau GmbH wird von der Wertung ausgeschlossen.*

5. *Der Auftrag für die Ausführung von Tiefbau- und Rohrlegearbeiten DN 600 St im Zuge der Erneuerung der ZL Ellwangen 1 + 2 auf den Gemarkungen Hüttlingen und Neuler wird an die Firma:*

Georg Eichele Bauunternehmung GmbH, In den Herrenwiesen 6, 73453 Abtsgmünd

zu den Bedingungen des Angebots vom 23.01.2015 mit Gesamtkosten von 786.872,15 € (netto) vergeben.“

Die Ausschreibung der Maßnahme erfolgte europaweit im Offenen Verfahren.

Auf Antrag des **Verbandsvorsitzenden** nimmt der Verwaltungsrat die Entscheidungen des Bau- und Vergabeausschusses zur

Kenntnis.

§ 6

Personalmanagement in Zeiten des demografischen Wandels; Bericht zu aktuellen und zukünftigen Projekten und Maßnahmen

Herr Eisele berichtet, dass sich die LW intensiv mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Personalmanagement beschäftigt. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage: Was muss die LW tun, um demografiefest zu werden? Die LW ließ hierzu eine Demografieanalyse erstellen. Dabei wurde zum einen die Arbeitsmarktsituation und deren zukünftige Entwicklung (außerhalb des Unternehmens) und zum anderen die Beschäftigtenstruktur (im Unternehmen) analysiert. Für die verschiedenen Standorte der LW wurden zwei Schwerpunkte gebildet, die Region Stuttgart und die Region Donau-Alb.

Die Studie brachte zu den beiden Regionen folgende wesentlichen Aussagen:

- Es gibt eine günstige Bevölkerungsentwicklung
- Das relevante Bevölkerungspotenzial steigt leicht an
- Stabiler Jugendquotient in der Region Stuttgart, leicht sinkend in Donau-Alb
- Günstige Bildungszuwanderung
- Wenig Schulabgänger ohne Abschluss
- Hoher Anteil an Hochqualifizierten
- Niedrige Erwerbsquote 55-64-Jähriger und niedrige Frauenerwerbsquote

Die wesentlichen Aussagen zur Beschäftigtenstruktur der LW sind:

- Die Gesamtbelegschaft ist unabhängig vom Geschlecht heute schon komprimiert (50% älter als 45 Jahre) im Übergang zur Alterszentrierung
- Der Frauenanteil mit 30% ist ausbaufähig
- Die Alterszentrierung wird aufgrund der geringen Wechselbereitschaft wahrscheinlich eintreten und zwar für alle Bereiche, einzige Ausnahme ist das Labor

Während sich die Arbeitsmarktsituation leicht positiv entwickelt, gibt es hinsichtlich der Beschäftigtenstruktur Handlungsbedarf in den Bereichen „Gewinnung-Bindung-Ruhestand“, „Vergütungsmanagement“, Personalführung und Personalentwicklung“ und „Gesundheitsförderung der Beschäftigten“. Herr Eisele erläutert, welche Schritte die LW in den genannten Bereichen bereits eingeleitet hat und welche weitergehenden Maßnahmen noch ergriffen werden sollen. Herr Eisele berichtet, dass die LW den Handlungsbedarf frühzeitig erkannt hat und sich mitten in der Umsetzung einer Vielzahl von Projekten und Maßnahmen befindet. Er sieht die LW somit auf einem guten Wege, das Unternehmen demografiefest zu machen.

Oberbürgermeister Kuhn fasst zusammen, dass Demografie dann kein Problem ist, wenn zum einen die Beschäftigten gesund am Arbeitsplatz alt werden und zum anderen rechtzeitig junge Leute mit guter Ausbildung gewonnen werden können.

Auf Antrag des **Verbandsvorsitzenden** nimmt der Verwaltungsrat den Bericht zur

Kenntnis.

§ 7

Antrag der Stadt Steinheim auf Erhöhung des Bezugsrechts

Herr Eisele berichtet, dass die Stadt Steinheim aktuell ein Bezugsrecht von 15 l/s hat und dieses um 1 l/s erhöhen möchte. Ein entsprechender Antrag ist am 17.12.2014 eingegangen, so dass die notwendige Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung erst am 27.10.2015 erfolgen kann. Die Änderung tritt dann zum 01.01.2016 in Kraft. Für das Jahr 2015 wird die Abrechnung bereits so vorgenommen, als hätte Steinheim das Bezugsrecht bereits ab 01.01.2015.

Auf Antrag des **Verbandsvorsitzenden**

beschließt

der Verwaltungsrat einstimmig, der Verbandsversammlung zu empfehlen, der Erhöhung des Bezugsrechts der Stadt Steinheim um 1 l/s von 15 l/s auf 16 l/s ab 01.01.2016 zuzustimmen. Die Berechnung der Verbandsumlagen erfolgt ab 01.01.2015 auf der Grundlage von 16 l/s.

Verbandsvorsitzender

gez. Kuhn
Oberbürgermeister

1. Stv. Verbandsvorsitzender

gez. Dr. Zieger
Oberbürgermeister

2. Stv. Verbandsvorsitzender

gez. Mangold
Bürgermeister

Schriftführer

gez. Metke